

- 3** **MASSEN IN BEWEGUNG – ALLE GLEICH?**  
*International*
- 6** **AUSNAHMEZUSTAND BIS ZUM POLIZEISTAAT**  
*BRD*
- 8** **EINE REAKTIONÄRE IDEE IN DER ERZIEHUNG**  
*Frauen*
- 10** **FEHLENDE AMTSÄRZTE, MEHR BULLEN?**  
*Berlin*
- 11** **SINTI-FAMILIEN: VERTREIBUNG BIS HEUTE**  
*Baden-Württemberg*
- 12** **SCHIKANEN GEGEN GEFLÜCHTETE MÜTTER**  
*Bremen*
- 14** **KEINE PFLEGEAUSBILDUNG TROTZ CORONA**  
*Hamburg*
- 16** **VERTRAUEN? GAB'S NIE!**  
*Thüringen*
- 18** **TIKTOK-INDIVIDUALISMUS**  
*Kultur*



Liebe Leserinnen und Leser,

die vergangenen Monate sollten für alle Teile der revolutionären Bewegung einiges an Lehren hinterlassen haben. Vielleicht etwas theoretisch betrachtet, gab es hier auch einiges zu lernen, was uns die materialistische Dialektik besser verstehen lässt. Und zwar vor allem die Entwicklung der Geschichte in Sprüngen. Wer hätte Ende 2019 gedacht, dass sich seit März diesen Jahres der deutsche Staat BRD (und weltweit viele andere) im Ausnahmezustand befinden würde, unter Berufung auf eine grassierende Pandemie eines neuen Virus. Pandemien sind nicht etwas neues, genau so wenig sind es Wirtschaftskrisen, wie jene, in der sich das imperialistische System gerade befindet. Beides war bekannt und dennoch war die Entwicklung so sprunghaft, dass niemand dieses Szenario für 2020 voraussehen konnte. Was auch niemand in diesem Grad der Entwicklung voraussehen konnte – vielleicht errahnen, die Entwicklungen der letzten Jahre betrachtend – ist die Entwicklung der BRD mehr und mehr in Richtung eines Polizeistaats.

Wer hätte letztes Jahr noch gedacht, dass im letzten Viertel dieses Jahres die lokalen Ordnungsämter, vor allem in den Großstädten, bereits mit Kompetenzen, die der einer Polizeibehörde entsprechen, ausgestattet und eingesetzt werden würden und nun nahezu täglich hinter uns stehen, im Bus, in der Bahn, an Bahnhöfen und anderen öffentlichen Plätzen, und uns sagen, was wir tun und lassen dürfen. Wer hätte gedacht, dass die Patrouillen der Polizei durch die Arbeiterviertel noch mehr zunehmen würden, die tägliche Schikane noch mehr zunehmen würde. Wer hätte gedacht, dass die Bundespolizei aktiv eingesetzt werden soll, um in die Angelegenheiten der Bundesländer einzugreifen, und das alltäglich. Wer hätte gedacht, dass die Bundeswehr

zu Hunderten in den Bundesländern der BRD stationiert wird, um dort Seite an Seite mit Polizei, Gesundheitsamt und anderen Behörden zu arbeiten. All das im Namen der angeblichen Bekämpfung der Pandemie. Auch hier gibt es einen deutlichen Sprung in der Entwicklung, einer Entwicklung der BRD hin zum Polizeistaat.

Die Politik unserer Klasse – der Arbeiterklasse – und ihr dringendes Interesse, besteht darum in diesem Moment in der Bekämpfung des Ausnahmezustands und des Polizeistaats. Dies ist ein Kampf, in dem sich die revolutionäre Bewegung dieses Landes vereinen muss. Wer jetzt darauf beharrt, alte Wege zu gehen, sich auf alte Vorurteile berufend nicht im Kampf zu vereinen, nur an sein eigenes Ego oder Grüppchen denkt, der hat nicht verstanden, was es bedeutet, die Politik unserer Klasse umzusetzen. Die Parole **„Gegen den Polizeistaat BRD: Kämpft und wehrt euch!“** ist und bleibt eine wichtige Parole in der gegenwärtigen Situation.

Eure RoPo-Redaktion

---

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

**Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.



## MASSEN IN BEWEGUNG – ALLE GLEICH?

Die Welt unter dem Joch des Imperialismus ist immer wieder geprägt von gigantischen Massenprotesten, die in verschiedenen Ländern und Regionen wie Steppenbrände aufflammen. Überall – und vor allem in den unterdrückten Nationen – verursachen die Imperialisten großes Leid und Elend. Und überall wehren sich die Massen dagegen und wählen den Weg des Kampfes, statt gebückt auf den Knien weiterzuleben. Es offenbart sich der Wille, mit dem Alten Schluss zu machen und etwas Neues zu schaffen. Dennoch entstehen diese Bewegungen nicht einfach so, losgelöst von den Klassen. Sie sind nichts über den Klassen stehendes. Lassen wir in diesem Zusammenhang W.I. Lenin sprechen, der die Sache 1920 in seinem Werk „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ auf den Punkt gebracht hat.

**„Jedermann weiß, daß die Massen sich in Klassen teilen; daß man Massen und Klassen nur dann einander gegenüberstellen kann, wenn man die überwiegende Mehrheit schlechthin, nicht gegliedert nach der Stellung in der sozialen Ordnung der Produktion, den Kategorien gegenüberstellt, die in der sozialen Ordnung der Produktion eine besondere Stellung einnehmen; daß die Klassen gewöhnlich und in den meisten Fällen, wenigstens in den modernen zivilisierten Ländern, von politischen Parteien geführt werden ...“**

Zusammengefasst bedeutet das: Massen setzen sich zusammen aus Klassen – und Klassen werden geführt von politischen Parteien. Damals wie heute ist diese Analyse von Lenin korrekt und das wird immer wieder deutlich, wenn man die Welt betrachtet.

Wir können diese Sache heute in verschiedenen Ländern der Welt beobachten. Ein gutes Beispiel hierfür ist Belarus. In dem osteuropäischen Land gehen nun seit der Präsidentschaftswahl am 9. August Wochenende für Wochenende zehntausende Menschen auf die Straßen. Der Grund dafür ist, dass Präsident Alexander Lukaschenko, der seit 1994 sein Amt trägt, die Wahl zum wiederholten Mal gefälscht

haben soll. Eigentliche Wahlgewinnerin soll die Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaya sein, die nach der Wahl ins Exil im angrenzenden Litauen floh. Die Massenbewegung in Belarus steht sehr offensichtlich hinter der Opposition und Tichanowskaya und andere Führer der Bewegung, wie Maria Kalesnikowa, werden wie Helden gefeiert. Dass die Menschen einen Umbruch in Belarus wollen, ist also ebenso offensichtlich wie wenig verwunderlich. Grundlegend ist das Regime rund um Lukaschenko ein faschistisches Lakaienregime des russischen Imperialismus. Ökonomisch, politisch und militärisch ist Belarus vollständig abhängig von Russland und somit eine Halbkolonie. Seit 1999 besteht der sogenannte „Unionsstaat Russlands und Weißrusslands“, der ein sogenannter Staatenbund beider Staaten ist und eine Verteidigungsgemeinschaft, eine Wirtschaftsgemeinschaft und eine politische Konsultation beinhaltet. Wer von beiden – also entweder die große Weltmacht Russland oder die kleine Halbkolonie Belarus – die führende Rolle spielt, dürfte sehr klar sein. So hält der russische Imperialismus in der derzeitigen Situation auch nicht die Füße still und beteiligt sich aktiv an den Niederschlagungen der Proteste, indem beispielsweise bereits russische Polizeikräfte zur Unterstützung nach Minsk geschickt worden sind.

Viel interessanter ist im Zusammenhang mit Belarus aber zu schauen, inwiefern andere Imperialisten agieren und welche Rolle die Opposition dabei spielt. Denn die vermeintliche Empörung über den Wahlbetrug und die brutale Niederschlagung der Massenbewegung ist in vielen Ländern groß. „Die letzte Diktatur Europas“, wie Belarus hier in der BRD gern genannt wird, hat die Aufmerksamkeit der Imperialisten der Europäischen Union „mit der BRD an der Spitze“ auf sich gezogen. Es wurden EU-Sanktionen gegen 40 hohe Funktionäre des Regimes verhängt und Oppositionsführerin Tichanowskaya traf sich mit der höchsten Repräsentantin des deutschen Imperialismus – Angela Merkel. Und schon vorher diente das EU-Land Litauen als Schutzraum für Tichanowskaya, die sich direkt nach der Präsidentschaftswahl nach Litauen begab. In Brüssel wurde im September





Pressekonferenz mit Svetlana Tichanowskaya und Heiko Maas (beide Mitte)

vor dem Treffen der EU-Außenminister sogar eine Pressekonferenz von Tichanowskaya mit dem deutschen Außenminister Heiko Maas an ihrer Seite gehalten, und die EU-Kommission ist dabei, einen „Plan zur wirtschaftlichen Unterstützung für ein demokratisches Belarus“ auszuarbeiten, was grundsätzlich eine Vorbereitung für eine halbkoloniale Ausbeutung von Belarus bedeutet, sobald man es aus Russlands Klauen gerissen hat. Diese Dinge machen deutlich, dass die imperialistischen Nationen in der EU – mit der BRD in der Vorreiterposition – die Massenbewegung Swetlana Tichanowskaya in führender Rolle für ihre Interessen ausnutzen.

All die Bestrebungen stehen im Lichte des langfristigen strategischen Plans des von den Yankees geführten Militärbündnisses NATO zur Einkreisung Russlands. So bewegt sich der vermeintliche Kampf gegen die Diktatur in Belarus und der Schrei nach „Menschenrechten und Demokratie“ innerhalb dieses Plans und ist im Endeffekt ein taktischer Vormarsch der Yankees, der BRD und des französischen Imperialismus in Richtung Russland. Die Bewegung ist also trotz der gerechtfertigten Rebellion keine Bewegung, die dem Volk dient, sondern den Imperialisten, die sie geschickt zu ihren Gunsten benutzen, indem ihre Agenten unter anderem in dieser Bewegung agieren - eine Sache, die oft vergessen wird.

Im Libanon ist ebenso zu sehen, wie die Imperialisten in der Lage sind, eine gerechtfertigte Rebellion der Massen für sich auszunutzen. Immer wieder brechen große Proteste und Kämpfe im Libanon aus, was den Widerspruch zwischen Halbfeudalismus, Halbkolonialismus und Imperialismus und dem libanesischen Volk ausdrückt, das diese drei Lasten tragen muss. Nachdem Anfang August eine Lagerhalle im Hafen von Beirut explodierte, viele Menschen starben und große Teile der Stadt zerstört wurden, flammten Proteste und Kämpfe einer großen Massenbewegung gegen den Staat wieder auf. Die Massen warfen der Regierung Korruption vor und protestierten gegen sie. Diese Situation rief gleich wieder verschiedene Imperialisten auf den Plan. Vor allem der französische Präsident Macron mischte sich direkt und sehr offensiv in alter Kolonialherrenmanier in die Geschehnisse im Libanon ein. Es dauerte keine 48 Stunden, und schon waren große Hilfgelder angekündigt. Damit verbunden diktierten die französischen Imperialisten aber auch die Vorgehensweise und Reformen, die getroffen werden sollen. Die alte Regierung dankte ab, das Ziel war und ist es, ein Lakaienregime, das durch die Imperialisten kontrolliert wird, durch das nächste Lakaienregime auszutauschen und die halbkoloniale Unterdrückung des Landes so zu vertiefen. Für die Bildung eines solchen neuen Regimes und die Durchsetzung von Reformen setzte Macron ein Ultimatum von drei Monaten und



knüpfte daran auch die finanzielle Unterstützung aus Frankreich. Ende September musste das neue Regime dann eingestehen, dass der erste Versuch zur Bildung einer neuen Regierung gescheitert war, was die französischen Imperialisten dazu anstachelte, noch mehr Druck auf den Libanon auszuüben. Die Imperialisten nutzen so einmal mehr das Leid und Elend der Massen schamlos für ihre reaktionären Zwecke aus und installieren in diesem konkreten Fall eine andere Fraktion der bürokratischen Bourgeoisie unter ihrer Führung.

Ein Beispiel, wo die direkte Führung von Massenbewegungen durch die Imperialisten sehr offensichtlich wird, ist Hongkong. Die Stadt an der Südküste Chinas hat seit der Zeit als Kolonie des britischen Imperialismus einen Sonderstatus und eine gewisse Autonomie vom chinesischen Staat. Diesen Sonderstatus möchte das faschistische Regime Chinas aufheben, was zur Entstehung der Bewegung führte. Mittlerweile halten die Proteste beinahe seit zwei Jahren an und haben ein enormes Ausmaß erreicht. Die Rebellion gegen das Regime in China ist selbstverständlich gerechtfertigt, doch schaut man sich die Bilder von den Massendemonstrationen an, fällt einem permanent die Fahne des Yankee-Imperialismus ins Auge. Auch US-Präsident Donald Trump wird immer wieder als größter Verbündeter des Kampfes für die Erhaltung der Autonomie Hongkongs gefeiert. Das kommt nicht von ungefähr, denn

das US-Repräsentantenhaus erließ das sogenannte Hongkong-Autonomiegesetz, das den Status von Hongkong verteidigen soll und sich gegen China richtet. Dazu ist Hongkong von Sanktionen, die gegen China verhängt wurden, ausgenommen, und in Handelsfragen herrscht zwischen Hongkong und den USA sogar Zollfreiheit. Die Yankees machen also keinen Hehl aus ihrer Unterstützung für die Protestbewegung in Hongkong. So nutzen sie die Bewegung vor allem für die Destabilisierung Chinas und haben einen Stützpunkt direkt im Land ihres imperialistischen Konkurrenten.

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, wie der Imperialismus große Massenbewegungen für sich nutzt. Die Revolutionäre müssen in dieser Situation klar haben, dass auch mit Blick auf diese Länder und die aktuellen Massenbewegungen die Parole „Die Rebellion ist gerechtfertigt“ vollkommen richtig ist. Trotzdem darf es nicht sein, dass man den Massenbewegungen blind hinterherläuft und alles gutheißt. Um sich nicht zu Dienern der Imperialisten und ihrer Lakaien zu machen, muss man diese Bewegungen, ihren Ursprung, wem sie dienen, wie sie sich zusammensetzen und welche politische Partei sie tatsächlich führt, analysieren. Basierend darauf müssen sich die Revolutionäre zu den unterschiedlichen Massenbewegungen verhalten und wenn es möglich ist, revolutionäre Propaganda in Teile dieser Bewegung tragen. •



Hong Kong: Reaktionäre Fahnen für den Fortschritt?



## AUSNAHMEZUSTAND BIS ZUM POLIZEISTAAT

Als am 29. August im Zuge einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen des bürgerlichen Staates ein paar hundert Menschen auf den Reichstag in Berlin zu liefen, über Zäune sprangen und sich auf der Treppe vor dem Haupteingang versammelten, war das Entsetzen im ganzen Land riesig. Der sogenannte „Sturm auf den Reichstag“ wurde in den bürgerlichen Medien und von bürgerlichen Politikern ausgeschlachtet und als der negative Höhepunkt der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen in den letzten Wochen konstatiert. Doch wenn wir ehrlich sind, ist eigentlich gar nichts passiert. Ein Haufen von Verschwörungstheoretikern, Faschisten und anderen Reaktionären feierte – eine ganze Reihe an reaktionären Fahnen schwenkend – auf den Treppen des Reichstags. Das war es dann auch. Der angebliche „Sturm“ wurde dabei „aufgehalten“ von drei Polizisten, die im Nachhinein von den höchsten Vertretern des deutschen Staates als die „großen Verteidiger der Demokratie“ geheiligt wurden. Im Allgemeinen ist das Ganze eine groß inszenierte Show des Staates, um den Schulterschluss hinter der bürgerlichen Demokratie zu üben. Dabei sind die Herrschenden diejenigen, die seit Beginn des Ausnahmezustandes die demokratischen Rechte mit Füßen getreten haben.

Wir haben schon in vergangenen Ausgaben in diesem Jahr über den Ausnahmezustand in der BRD geschrieben. Diese Sache zeigte sich aber nicht nur im März, April und Mai und war mit den ersten Lockerungen des Ausnahmezustandes wieder vorbei. Der Ausnahmezustand herrscht weiterhin. Die Parlamente haben dabei in den

letzten sieben Monaten den Rest ihres angeblichen Werts verloren, und anstatt Entscheidungen in den Parlamenten zu treffen, wurde alle Macht an die Exekutive, d.h. die Bundes- und Landesregierungen, die Bürgermeister und letzten Endes an die Polizei oder das Ordnungsamt übertragen. Beispielsweise wurde im Nachklang auf den sogenannten „Sturm auf den Reichstag“ die von Faschisten genutzte Fahne des deutschen Reiches und die Reichskriegsflagge in einigen Bundesländern ganz, oder zumindest das Tragen auf Demonstrationen verboten. Im ersten Moment mag es jeder Fortschrittliche Antifaschist und Revolutionär begrüßen, dass eine Flagge, die von Faschisten benutzt wird und für die Kolonialzeit und die völkermörderischen Schritte Deutschlands als imperialistisches Land steht, verboten wird. Aber das ist hier nicht der zentrale Punkt. Es geht darum, wie es gemacht worden ist. Im Bundesland Bremen, wo das Verbot als erstes in Kraft trat, setzte der Innensenator das Verbot einfach durch. Das heißt also, dass in der BRD, wo angeblich die Gewaltenteilung herrscht, die Legislative (z.B. Parlamente) und die Judikative (die Gerichte) einfach von der Exekutive (Regierung, Minister, Bullen) übergangen werden und eigenmächtig Entscheidungen treffen und durchsetzen. Ganz konkret bedeutet das, dass der deutsche Staat politische Symbole einfach verbieten kann und das von einem auf den anderen Tag. Welche Fahnen es in Zukunft trifft bleibt abzuwarten, aber es wäre eine Illusion und ein falsches Vertrauen in den bürgerlichen Staat, zu denken, dass es nur die Faschisten trifft. Die nächste Fahne kann die Antifa-Fahne sein, oder die rote Fahne mit Hammer und Sichel.



Vollversammlung deutscher Reaktionäre vor dem Reichstag

Es zieht sich ein roter Faden durch den gesamten Ausnahmezustand und der nimmt kein Ende. Ganz im Gegenteil, die zugelassenen Lockerungen, die vor ein paar Monaten gemacht wurden, um Druck aus dem Kessel zu nehmen, sind Geschichte und die sogenannten Corona-Hotspots sind nun wieder Opfer der verschärften Maßnahmen. Am 9. Oktober trafen sich die Bürgermeister der elf größten deutschen Städte mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und beschlossen die erneuten, massiveren Maßnahmen des Ausnahmezustandes. Neben Sperrstunden, Alkoholverboten und





Hamburg, 3. Oktober 2020

Kontaktbeschränkungen bekamen auch die Exekutivorgane wieder mehr Spielraum. So ist das Ordnungsamt, das sowieso schon vermehrt polizeiliche Aufgaben übernimmt, mancherorts nun dazu befugt, eigenmächtig die Pflicht zum Tragen einer Maske an öffentlichen Plätzen zu verhängen. Das ganze Treffen fand lediglich mit den Bürgermeistern und der Bundeskanzlerin statt und die getroffenen Entscheidungen blieben wieder einmal jenseits jeglicher Parlamente und gingen sogar über die Köpfe der Ministerpräsidenten hinweg; diejenigen, die die eigentlichen Herren der Bundesländer sind.

Dazu soll die Bundeswehr nun noch verstärkter im Inland eingesetzt werden, angeblich, um bei der „Kontaktnachverfolgung“ zu unterstützen. Und die Bundespolizei soll auch in den Bundesländern Aufgaben übernehmen. Ein Schritt, der von der Methodik einen Polizeistaat widerspiegelt. Die Bundespolizei ist die zentrale Exekutivinstitution des deutschen Staates und wird eigentlich nur an Orten, die länderübergreifend von Bedeutung sind (z.B. Bahnhöfe oder Flughäfen) eingesetzt. Nach der Zeit des deutschen Faschismus war die föderale Trennung der Polizei in verschiedenen Bundesländern eine demokratische Errungenschaft oder wurde zumindest als solche verkauft. Eine Bundespolizei, die eine zentral gesteuerte Polizei ist, darf sich demnach nicht in Ländersachen einmischen, doch genau dafür wird sie jetzt – von oberster Stelle des deutschen Staates beschlossen – eingesetzt. Dies sind Entwicklungen, die in vielen Punkten der Verfassung der BRD widersprechen. Doch das wundert keinen mehr großartig. Es ist Alltag in der BRD geworden und der Ausnahmezustand wird weiter normalisiert. Und was damit Hand in Hand geht und nicht mehr zu übersehen, ist eben die Entfaltung eines Polizeistaates. Dass die Bundespolizei in den Ländern eingesetzt wird, ist nicht der erste Schritt dahin. Seit Beginn der sogenannten Corona-Krise und der Ausrufung des Ausnahmezustandes sind demokratische Rechte

niedergetrampelt worden und hat die Polizei mehr Handlungsspielraum bekommen. Wenn wir uns erinnern, wurden zahlreiche Demonstrationen pauschal durch die Behörden mit der Begründung des Infektionsschutzes auf Grundlage ihrer Gummiparagrafen des Infektionsschutzgesetzes verboten. Erlaubte Demonstrationen wurden mit willkürlichen und unrechtmäßigen Auflagen überhäuft und oft zog die Polizei das Argument „Corona“ heran, um auf eigene Faust Maßnahmen durchzusetzen.

Dazu kommt noch einiges mehr. Die Präsenz der Polizei wurde erhöht, Jugendliche – vor allem migrantische Jugendliche – wurden und werden schikaniert. Die Polizei wurde deutlich aggressiver und willkürlicher. Im Sommer wurden im Internet vor allem vier Videos verbreitet, in denen massive Polizeigewalt mit der Handykamera festgehalten und dokumentiert werden konnte. Vier dokumentierte Fälle, die für großes Aufsehen sorgten, aber was sonst noch alles war, bleibt im Dunkeln. Dabei muss man im Kopf haben, dass erst in NRW und dann in Berlin die nächsten faschistischen Chatgruppen in den Reihen der Polizei ans Licht gebracht wurden. Allein in NRW standen seit 2017 mehr als 100 Polizisten im Verdacht, Faschisten zu sein – und das laut den Zahlen, die der Staat selbst dazu heraus gibt. So sehen wir auch nochmal die eigentlich gar nicht so schlechte Beziehung zwischen Faschisten und dem bürgerlichen Staat. Parallel dazu wächst auch die Repression gegen Teile der revolutionären Bewegung wie die zahlreichen Hausdurchsuchungen gegen einen Teil der Bewegung in Hamburg oder auch die Hausdurchsuchungen in Verbindung mit der Hexenjagd rund um den G20-Gipfel 2017, die gerade erst in Berlin durchgeführt worden sind. Mit dem weißen Terror, den sie säen, wollen sie einschüchtern, spalten und Revolutionäres im Keim vernichten. Dafür entwickelt der deutsche Staat mehr und mehr diese Methoden des Polizeistaats. •



## EINE REAKTIONÄRE IDEE IN DER ERZIEHUNG

Es gibt viele Tipps der bürgerlichen Erziehung, und häufig behaupten sie alle etwas unterschiedliches. Bei einem sind sie sich jedoch einig: Die ersten Monate im Leben eines Kindes sind die wichtigsten und liefern die Grundlage für die weitere Entwicklung. Und ein Begriff fällt dabei immer wieder: Das *Urvertrauen*.

### Urvertrauen als Entwicklungsgrundlage

Das sogenannte Urvertrauen wird beschrieben als die Erkenntnis des Kindes, dass jemand für es da ist, seine Bedürfnisse erfüllt und ihm Schutz bietet. Manche schreiben auch davon, dass es ein Grundgefühl ist, dass es dem Kind ermöglicht, im späteren Leben zu unterscheiden, welchen Situationen und Menschen man Vertrauen entgegenbringen kann und welchen nicht; zusätzlich soll es in dem Kind einen Optimismus entwickeln, dass die Menschen und das Leben im Allgemeinen gut sind.

Das Urvertrauen bildet laut bürgerlichen Erziehungsexperten die Grundlage dafür, dass Kinder in ihrem späteren Leben Selbstvertrauen haben, Vertrauen zu anderen Personen entwickeln können und „Vertrauen in die Welt“ haben. Fehlt dieses Urvertrauen, können Kinder angeblich nie wieder Vertrauen zu anderen Menschen aufbauen, werden depressiv, allgemein verhaltensauffällig und zum Schluss ist sogar davon die Rede, dass sie drogensüchtig werden können. Nichts davon wünscht man seinem Kind. Wie hilft man dem Kind dann dabei, dieses Urvertrauen zu entwickeln?

Das Konzept dahinter ist es, dass das Kind ab seiner Geburt eine oder mehrere Bezugspersonen hat, die sich besonders im ersten Lebensjahr vollumfänglich um das Kind kümmern, dass sie immer für das Kind da ist und seine Bedürfnisse, wie Essen, Wickeln usw. voll deckt. Dazu kommt, dass das Kind möglichst viel körperliche Nähe zu dieser Bezugsperson benötige.

### Individualismus als Zweck

Es ist möglich, dass das Kind so auch lernt, Vertrauen aufzubauen, aber das tut es auch auf andere Art und Weise, wie wir später sehen werden. Das Kind lernt bei der ganzen Geschichte nämlich vor allem eine Sache: Ich und meine Bedürfnisse sind der

Mittelpunkt im Leben dieser Bezugsperson. Und ich kann dieser Person *deswegen* vertrauen. Das Vertrauen wird an einem Individuum, im besten Falle vielleicht zwei oder drei, festgemacht. Statt also Vertrauen in ein Kollektiv zu entwickeln, steht und fällt das Vertrauen mit einer Person. Dazu kommt, dass durch die Aufopferung der Bezugsperson das Kind das Verständnis bekommt, dass sich die Welt um das Kind und seine Bedürfnisse dreht. Die Theorie des Urvertrauens ist die Grundlage für das, was wir unser ganzes Leben beigebracht bekommen: an mich denken, nicht an andere, ich stehe im Mittelpunkt - also reiner Individualismus.

Aber wer ist nun die Bezugsperson? Das wird in der Regel nicht festgelegt, sondern könnte theoretisch „jeder“ sein. Hier gibt sich diese Theorie vom Urvertrauen fortschrittlich bzw. gleichstellend. Doch es ignoriert ausdrücklich das herrschende Patriarchat, also die zusätzliche Ausbeutung und Unterdrückung der Frau. Das führt vor allem dazu, dass diese Bezugsperson wie in den meisten Fällen vor allem eine Person ist: Die Mutter.

Die Mutterrolle ist in dieser Gesellschaft etwas, von dem erwartet wird, dass die Frau darin vollständig aufgeht; es ist die angebliche Erfüllung jeder Frau. Die Mutter-Kind-Beziehung wird in dieser Gesellschaft gemeinhin zu etwas „heiligem“ stilisiert, die Mutter wird mit goldenen Ketten an das Kind gefesselt und andersherum. Das trägt dazu bei, dass die „Bezugsperson“ meistens die Mutter ist. Sie ist also angeblich allein dafür verantwortlich, dass das Kind nicht zu einem „Psychopathen“ ohne jegliche „soziale Kompetenz“ wird. Um diese Aufgabe zu erfüllen, wird die Erziehung des Kindes zu ihrem Lebensinhalt. Sollte sie doch einmal ihren Bedürfnissen nachgehen und das Kind z.B. jemand anderem in die Hand geben oder es weiter schreien lassen, so muss sie gleich die Befürchtung haben, dass das Kind aufbauend auf dieser Erfahrung den Keim des Urvertrauens begraben hat. Das ist genau, was die herrschende Klasse von den Frauen will: das stille Heimchen am Herd, das seine Situation als gegeben hinnimmt. Denn was soll man tun, wenn man laut der Gesellschaft die *einzig*e Person ist, die dem Kind dieses angebliche *Urvertrauen* bieten kann? Entweder man beugt sich, oder man



rebelliert und ist die „Rabenmutter“. Die Theorie vom Urvertrauen ist nichts, was irgendwie fortschrittlich ist, sondern sorgt am Ende dafür, dass Mutter und Kind aneinander gekettet werden, sodass diese Beziehung für beide zu einer Last wird. Gerade im Bereich Erziehung gibt es viele reaktionäre Ideen, aber gerade die Idee des Urvertrauens ist besonders gefährlich, da sie sich als materialistisch gebärdet, doch im Kern wie die anderen purer Idealismus ist.

### Die Kinder als soziale Wesen betrachten

Die Theorie des Urvertrauens bedeutet für beide Beteiligten, Mütter wie auch Kinder, einiges an Leid. Wir haben schon öfters über die Kindererziehung im sozialistischen China gesprochen und auch in dieser Frage gab es dort Erfahrungen, die hilfreich sind, um die bürgerlich gepredigte „heilige“ Mutter-Kind-Beziehung aus beiden Perspektiven zu betrachten. Im sozialistischen China war es normal, dass Frauen ihre Kinder so früh wie möglich in eine Krippe gaben. Warum? Mit der Entbindung und dem Durchtrennen der Nabelschnur beginnt das Leben des Babys als soziales Wesen innerhalb der Gesellschaft, es ist also der erste große Sprung im Leben eines Kindes. Das bedeutet nicht, dass man sich nicht um die Babys kümmern und ihnen Zuneigung entgegenbringen soll, aber sie sind eben nicht mehr von der Mutter abhängig, die sie durch die Nabelschnur nährt. Eine liebevolle und sorgende Betreuung der Kinder ist auch durch das Kollektiv möglich und erlaubt den Kindern, von Anbeginn Vertrauen in das Kollektiv zu entwickeln. Die Kinder von der Mutter als einzige Bezugsperson zu lösen, bedeutet auch für die Kinder einen Schritt zu ihrer Befreiung von Anfang an. Dass Krippen und Kindergärten heute dazu dienen, die Kinder weiter in Abhängigkeit zu ihren Eltern und anderen Erwachsenen zu halten, zeigt sich an dem, was sie dort gelehrt kriegen. Es geht nicht darum, sie auf die Widrigkeiten der Welt vorzubereiten und ihnen Eigenständigkeit anzuerziehen, sondern sie in ihrer heilen Welt zu lassen, die ausschließlich auf ihre Bedürfnisse Acht gibt,

und die dann bitte zuhause weiter aufrechterhalten wird. Je länger wir das aufrechterhalten, desto länger und schmerzvoller wird das Wegkommen der Kinder von ihren Eltern und hin zu einem, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, selbstständigen sozialen Wesen, wie es die Menschen sind.

Die Kinder in China wurden als Individuen in einem Kollektiv betrachtet – das fing damit an, dass sie in den Krippen in den Fabriken versorgt wurden und die Mütter zwar zum regelmäßigen Stillen kamen, aber ansonsten ihren gesellschaftlichen Pflichten nachkamen und arbeiteten und danach die Kinder mit nach Hause nahmen. Und die Kinder, sobald sie dazu in der Lage waren, lernten einfache Aufgaben, die sie als schaffendes Mitglied der Gesellschaft anerkannten. Das mögen banal wirkende Dinge sein wie z.B. abwaschen. Aber es waren Aufgaben, die dem Kind vermittelten, dass es Teil eines Kollektivs ist und das Kollektiv ihm vertraut, dass es diese Aufgaben erledigen kann, eben damit das Kind auch seiner kollektiven Pflicht nachkommen konnte.

Die Theorie vom Urvertrauen ist also eine Theorie, die der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung dient. Bei den Kindern fördert sie den Individualismus und bei den Frauen die Unterjochung durch das Patriarchat. Darum gerät man mit dieser Ansicht – bei Familien, die sich nicht das „Paradies“, das die Ausbeuter predigen, aufbauen können – immer wieder in Konflikt mit der Realität, was sich dann zu einer zynischen Haltung gegenüber den Kindern entwickeln kann. •



*Kinder im  
sozialistischen China*



## MEHR BULLEN ALS ERSATZ FÜR FEHLENDE AMTSÄRZTE?

Immer weniger Menschen glauben daran, dass den Herrschenden in Berlin in Bezug auf die Covid-19-Pandemie plötzlich unser Wohlergehen am Herzen liegt. Einen Grund dafür liefert ihr Vorgehen im Angesicht steigender Fallzahlen im Oktober. Die Schuld daran wird vor allem Jugendlichen in die Schuhe geschoben, die in Parks oder zu Hause Partys veranstalten. Wenig Kritik hört man hingegen daran, dass der Nahverkehr inzwischen wieder völlig überfüllt ist, die Schulen normal unterrichten und die allermeisten Arbeiter kein Homeoffice machen können oder dürfen. Statt naheliegende Dinge zu tun, wie z.B. die öffentliche Gesundheitsfürsorge zu verbessern oder Luftreiniger in Schulen und Arbeitsstätten zu installieren, wird von Politikern vor allem nach einem gerufen: Mehr Bullen und Ordnungsamtsmitarbeiter. Diese sollen die sogenannten Corona-Maßnahmen strikter durchsetzen. Das ganze fällt in eine Zeit, in der die Polizei eher gut durchleuchtet statt aufgebläht werden sollte. Nach zahlreichen vorangegangenen Rassismuskandalen bei den Berliner Uniformierten wurden kürzlich auch in Berlin Polizeieichgruppen mit faschistischen Inhalten geleakt.

Währenddessen sind Amtsarztposten in drei Berliner Bezirken unbesetzt. Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Treptow-Köpenick stehen ohne feste Amtsärzte da. Dabei spielen die Gesundheitsämter bei der Eindämmung von COVID-19 natürlich eine entscheidende Rolle. Sie ermitteln Kontaktpersonen von Infizierten und führen die Tests durch. Dass sich keine Ärzte finden lassen, liegt daran, dass die Gesundheitsämter schlechter zahlen als Krankenhäuser. Die deutschlandweite Praxis, notorisch zu wenig Menschen zu einem Medizinstudium zuzulassen, tut sein übriges.

Diese seltsame Einstellungspolitik des Landes Berlin reiht sich in die allgemeine Tendenz der BRD ein, eine Gesundheitskrise vorzuschieben, um den Sicherheitsapparat weiter auszubauen und mit noch mehr Befugnissen auszustatten. Dasselbe gilt für Regelungen wie der Ausgangssperre und Alkoholausschanksverboten. Auch hier wird unter dem Vorwand der Gesundheit die Repression erhöht und versucht, Versammlungen von Menschen zu verhindern, da diese mit der zunehmenden

Unterdrückung auch zu zunehmender Rebellion führen.

Das mangelhaft personell besetzte Gesundheitswesen wird dann im nächsten Schritt zum Anlass genommen, um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu normalisieren. Nur noch Friedrichshain-Kreuzberg weigert sich, Soldaten zur Kontaktnachverfolgung einzusetzen. Sie trauen es sich nicht, weil der Bezirk so etwas wie das Zentrum der linken Bewegung der Stadt darstellt, und damit dort viele Menschen leben, die eine gerechtfertigte Wut auf die imperialistische deutsche Armee haben. Doch der Druck auf die Zuständigen wächst und inzwischen mischt sich sogar Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer in diese Berliner Angelegenheit ein. Dazu wird auch weiter versucht, die linke Bewegung hier zu schwächen. Die Hausdurchsuchungen gegen den Roten Aufbau, welche vor allem in Hamburg stattfanden, waren ein Angriff der politischen Polizei gegen die revolutionäre Bewegung. Im Zuge dieser neuen Angriffskampagne wurde auch gegen einige Berliner Aktivisten und einige aus Athen der Vorwurf der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ konstruiert und Hausdurchsuchungen durchgeführt.

Zusätzlich zu der erhöhten Repression gegen Einzelne verschärft der deutsche Staat in Berlin auch seinen schon lange bestehenden Kampf gegen linke Zentren und Treffpunkte. Die Kneipe „Syndikat“ wurde bereits vor einiger Zeit geschlossen, die „Liebig34“ hatte am 9. Oktober seinen Räumungstermin. Zusammen mit der „Riga94“, gegen welche es in letzter Zeit auch vermehrt Angriffe gab, unter dem Vorwand der Brandschutzverordnung, hat die „Liebig34“ den zentralen Punkt der linken Bewegung in Friedrichshain gebildet. Mit den Angriffen gegen diese versucht die Polizei der Vernetzung der Bewegung entgegenzuwirken. Dabei stoßen sie jedoch zunehmend auf Widerstand. Anschläge einzelner Gruppen, die sich auf diesen Kampf beziehen, wie der Kabelbrand der Ringbahn häufen sich. Auch gibt es in den Tagen der Räumungen immer wieder eine Vielzahl an Auseinandersetzungen mit Polizisten, wie bei den Demonstrationen gegen die Räumungen. •



## SINTI-FAMILIEN: VERTREIBUNG BIS HEUTE

In Weingarten und der Haid in Freiburg gibt es einige Häuser, in denen vor allem Sinti wohnen. 1978 wurden diese Häuser ihnen mit dem Versprechen, dort lebenslang wohnen zu dürfen, gegeben. Diese Häuser sollten angeblich „Reparationen“ für die Verbrechen des deutschen Faschismus sein. Ein kläglicher Versuch der Wiedergutmachung nach dem organisierten Massenmord der Nazis.

Die Sinti-Siedlung, aufgetrennt durch eine große Straße, ist durch eine kleine Fußgängerbrücke verbunden. Auf der einen Seite in Weingarten wohnen die Menschen „am Lindenwäldle“ und auf der anderen Seite, im Stadtteil Haid wohnen sie im Ahornweg.

Für den einen Teil der Siedlung, auf der Haid, liegt seit mittlerweile sechs Jahren ein Bebauungsplan vor, welcher Anfang nächsten Jahres nochmal konkretisiert werden soll. Dieser Plan sieht vor, dass die Häuser „am Lindenwäldle“, und damit auch die danebenliegenden Häuser im Ahornweg abgerissen werden und durch neue ersetzt werden. Den Bewohnern wird zwar versprochen, dass sie nach der von der Stadt genannten „Quartiersentwicklung“ dort wieder zu den gleichen Mietpreisen einziehen können. Aber da man nicht mal einen Finger braucht, um die gehaltenen Versprechen der „Freiburger Stadtbau“, einem Bau- und Mietkonzern in Freiburg, aufzuzählen, glauben die Bewohner zurecht kein Wort davon. Es haben bereits mehrere Treffen der Bewohner stattgefunden, welche von den Plänen der Stadt betroffen sind. Auch Vertreter der Stadt waren schon da, aber außer leeren Versprechen hatten diese nichts zu bieten.

Viele der Sinti verdienen mit Kunst oder Handwerk ihren Lebensunterhalt und

sind deshalb auf den Platz vor ihren Häusern angewiesen, weil sie dort ihre Werkstätten haben, Sachen lagern müssen oder Anhänger parken. Deshalb kommt, auch wenn ihnen Wohnungen in den noch nicht gebauten Hochhäusern versprochen werden, der Auszug aus ihren Häusern einer Vertreibung gleich.

1935 haben auch schon Sinti-Familien in diesem Teil der Stadt gewohnt, als sie von den Faschisten vertrieben wurden. Viele derjenigen, die zur Wiedergutmachung dann in die Häuser am Ahornweg gezogen sind, haben als Kinder die Verfolgung der Sinti überlebt. Angesichts dessen, dass sie jetzt wieder aus ihren Häusern raus müssen, weckt das bei vielen der Bewohner schlechte Erinnerungen.

Der Oberbürgermeister gab, als er selber mit seinem Fahrrad die Häuser besuchte, ein Versprechen ab, dass die Bewohner erst fünf Jahre nach dem Baubeginn aus ihren Häusern raus müssen, da an einer anderen Seite der Siedlung mit dem Bau angefangen wird, was von Anfang an so geplant wurde. Dieses „Zugeständnis“ versuchen sie jetzt als barmherzigen Kompromiss zu verkaufen. Das ist einfach nur zynisch angesichts der Versprechen, die den Bewohnern gemacht wurden. •





## SCHIKANEN GEGEN GEFLÜCHTETE MÜTTER

Aktuell befinden sich einige afrikanische Mütter in Auseinandersetzung mit dem Bremer Standesamt, da sich dieses weigert, trotz vorliegenden notwendigen Dokumenten, insbesondere der Vaterschaftsanerkennung, Geburtsurkunden für ihre in Deutschland zur Welt gekommenen Kinder auszustellen. Viele der Väter besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Hat ein Elternteil diese, kann das Kind sie auch erhalten, was wiederum in diesem Fall den Aufenthaltsstatus der Mutter verbessert, d.h. die Chancen auf ein Bleiberecht erhöht. Die Mütter werden allerdings unter einen Generalverdacht gestellt, in ihrer Heimat mit anderen Männern verheiratet zu sein und einen falschen Vater anzugeben. Deshalb wird die rechtmäßige Vaterschaftsanerkennung des Vaters angezweifelt bzw. dann ignoriert und die Geburtsurkunde nicht ausgestellt. Ohne diese haben die meisten Mütter und Kinder keine Aussicht auf eine Aufenthaltsgenehmigung. Der Status der Mütter ist „Duldung“, die „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“ für „Personen, die verpflichtet sind, das Bundesgebiet zu verlassen, aber dies aus tatsächlichen, rechtlichen, dringenden humanitären oder persönlichen Gründen nicht können“. Folglich will der deutsche Staat sie früher oder später abschieben. Deshalb ist die Geburtsurkunde für Mutter und Kind die einzige Aussicht auf ein dauerhaftes Leben in Deutschland. Wir haben uns zu diesem Thema mit einer nigerianischen Mutter, die seit kurzem in Deutschland lebt und von dem Thema betroffen ist, unterhalten.

Mary (Name geändert) wohnt mit ihrem mittlerweile elf Monate alten Kind in einer Flüchtlingsunterkunft mit drei anderen Leuten in einem Raum ohne Privatsphäre. Zuvor war sie in der Sammelunterkunft Lindenstraße in Vegesack untergebracht gewesen, deren Zustände und Quarantäne der gesamten Unterkunft, als sie vor einem guten halben Jahr öffentlich wurden, zu einem regelrechten Skandal führten. Mit dem Kind kann sie ohne Geburtsurkunde keinen Arzt besuchen und natürlich bekommt es auch keinen KiTa-Pass; es gibt kein Eltern- oder Kindergeld, keine Krankenversicherung. Mary ist nach Deutschland gekommen, um hier mit dem Vater, der eine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, in einer Beziehung zusammenleben zu können. Sie möchte Kinderpflege oder -erziehung lernen und dann

arbeiten. Aber mit dem Aufenthaltsstatus „Duldung“ ist ihr sowohl das Arbeiten als auch das Studieren oder zur Schule Gehen nicht möglich, deshalb ist sie auf Sozialhilfen angewiesen. Sie berichtet von der Diskriminierung durch die Behörden:

*„Ich wurde darüber, dass ich die Geburtsurkunde nicht bekomme, informiert, als mein Kind einen Monat alt war. Also versuche ich seit Januar aktiv, die Urkunde zu bekommen. Ich habe einen Brief vom Standesamt bekommen, in dem dieses mir mitteilt, dass es Dokumente von mir benötigt. Sie haben bereits die Vaterschaftsanerkennung und alles, was normalerweise benötigt wird. Sie wollten alle Dokumente. Die meisten davon stehen nicht einmal im Zusammenhang mit der Geburt. Sie wollten meine Geburtsurkunde, meine Taufurkunde, Geburtsurkunden älterer Kinder und so weiter. Ich habe versucht, alle zu bekommen, aber natürlich war das nicht möglich und ein paar der Dokumente fehlten. Das Standesamt sagte mir, dass sie untersuchen wollen, ob ich schon einmal verheiratet war, was ich nicht war und was ich auch beweisen konnte. Aber damit waren sie nicht zufrieden und sagten mir, dass ich ihnen 665 Euro geben muss, damit sie mit meiner Heimatstadt in Kontakt treten und alle Urkunden, alle fehlenden Informationen einholen können. Sie versuchen, meine Vergangenheit aufzuwühlen, die sehr schmerzhaft und persönlich ist und mit welcher ich nicht mehr konfrontiert werden möchte. Sowieso muss man nicht verheiratet sein, um ein Kind zu haben.“ (Mary hat in Nigeria ältere Kinder mit einem anderen Mann) „Keine deutsche Frau würde jemals gefragt werden: Wie kann es sein, dass sie ein Kind hat, sie ist doch nicht verheiratet? Ich habe das Geld nicht an das Standesamt bezahlt. Ich kenne Frauen, die das gemacht haben und immer noch auf die Urkunde warten. Das ist jetzt ein halbes Jahr her.“*

Damit ist eigentlich alles erklärt. Das Standesamt fordert Dokumente, die eigentlich überhaupt nicht erforderlich sind. Mehr als 80 Prozent der Kinder in Nigeria haben laut Mary keine Geburtsurkunde, trotzdem muss sie eine von sich vorlegen. Auf welcher rechtlichen Grundlage hier gehandelt wird, bleibt offen. Alle notwendigen Papiere für die Geburtsurkunde liegen vor. Die Behörde schiebt für ihre willkürlichen Maßnahmen einen Generalverdacht vor, dass alleinerziehende Mütter (man bedenke – alleinerziehend, weil man sie in den meisten Fällen nicht mit ihrem Partner leben lässt)



sich gezielt Partner mit deutscher Staatsbürgerschaft gesucht hätten und deswegen mit den Angaben zu u.a. Ehen in ihren Heimatländern betrügen würden, um in Deutschland Asyl zu bekommen. Das, obwohl viele von patriarchaler Gewalt durch alte Partner betroffen sind, und obwohl ihre jetzigen Partner doch in großen Teilen selber vor dem Leben in der dritten Welt geflohen sind. Das deutsche Gesetz legt zunächst den Vater als die mit der Frau – sofern vorhanden – verheiratete Person fest. Damit versuchen die Behörden – die Vaterschaftsanerkennungen von hier übergehend – die Vaterschaft auf einen Ehepartner in Afrika, also ohne deutsche Staatsbürgerschaft, zurückzuführen.

Auf Seite des dafür verantwortlichen Innenressort positionieren sich nicht viele. Eine der wenigen ist natürlich die *Bild*. In einem Hetzartikel gibt sie die angeblichen Worte eines Jobcenter-Mitarbeiters wieder: „Es sind Obdachlose, Rentner, Schwarzafrikaner mit unbegrenzter Aufenthaltserlaubnis. Alle leben von Sozialhilfe, zahlen nie einen Cent für das Kind [...]“. Die Masche sei laut „Bild“, dass zur Vaterschaftsanerkennung kein Gen-Test verlangt wird und deshalb alle die Behörden betrügen würden. Den Wahrheitsgehalt dieser chauvinistischen Behauptungen kann jeder selbst gut genug beurteilen. Dann schreibt das reaktionäre Blatt von „Transferleistungen von über 3500 Euro, wenn die Frauen bereits Kinder aus Afrika mitbringen“. Angedeutet wird, dass dieses Geld von deutschen Staatskassen an Schlepperorganisationen gehen soll. Diese Zeilen beweisen, dass die herrschende Klasse mit der ganzen Geschichte mal wieder die Spaltung der Massen forciert. Betroffen von der Verweigerung der Geburtsurkundenausstellung sind ausschließlich

schwarze Frauen. Mary betont, dass das Rassismus ist und ihnen hier Menschenrechte verweigert werden.

Mary meint, sie hat von vornherein keine große Erwartungen gehabt und versucht sich an die schlechten Bedingungen anzupassen. Trotzdem lebt sie in dauerhafter Angst um den Status von ihr und dem Kind und leidet unter der Art der Behörden, die Mütter nach Informationen aus ihrer Heimat zu durchlöchern. „Das ist herabwürdigend. Ich fühle mich schrecklich deswegen. Das Standesamt wühlt eine schreckliche Vergangenheit auf. Manchmal denke ich, dass ich hier nie hätte herkommen sollen. Könnt ihr euch vorstellen wie es ist, ständig Angst zu haben? Ich habe sogar Angst, wenn mein Kind nur hustet. Sollte sie krank werden, werde ich nicht in der Lage sein, etwas dagegen zu tun. Ich kann ihre Krankenversorgung nicht aus eigener Tasche bezahlen. Und genau das ist es, was sie wollen. Sie wollen, dass wir nur daran denken und uns ständig Sorgen machen, sodass wir uns nicht auf andere Dinge fokussieren können, uns nicht zusammenschließen und dagegen kämpfen können. Mein Kind wird von ihrem Vater getrennt. Er hat keine gesetzlichen Rechte an ihr oder das Recht, mit uns zu leben. Er sollte eine Chance haben, einen größeren Anteil an ihrer Fürsorge zu haben.“ Trotzdem haben viele der betroffenen Mütter es geschafft, sich zusammenzuschließen anzufangen, dagegen zu kämpfen. Kürzlich hat es vor dem Standesamt eine von der Initiative *Together we are Bremen* organisierte, kämpferische Kundgebung für das Recht auf Geburtsurkunden gegeben. In dieser Hinsicht ist Mary zuversichtlich: „Wir fordern das Zertifikat, organisieren Demos und mobilisieren Menschen für unsere Sache. Wir gehen auf die Straßen. Wir müssen mehr Menschen informieren, unser Anliegen über die Presse, das Internet und auf den Straßen verbreiten, um Druck aufzubauen.“ •





## CORONA IM KRANKENHAUS: KEINE PFLEGEAUSBILDUNG TROTZ „GESUNDHEITSKRISE“

In der letzten Ausgabe der Roten Post berichteten wir von den miserablen Zuständen in Hamburger Krankenhäusern. Wie auch in diesem Fall benutzen die großen Unternehmen diese Pandemie dazu, Kosteneinsparungen, die schon länger geplant waren, durchzudrücken. Diese Kosteneinsparungen der Hamburger Krankenhäuser werden auf dem Rücken der Patienten und der Mitarbeiter abgeladen. Sie haben zur Folge, dass die Hygienestandards während einer weltweiten Pandemie auf der Strecke bleiben, da an Schutzmaterial und Corona-Tests gespart wird. Sie haben zur Folge, dass das Arbeitspensum für die Mitarbeiter steigt, da Einstellungsstopp herrscht und das, obwohl eigentlich Überstunden reduziert werden sollen. Der Personalschlüssel wird, trotz gesetzlicher Vorschrift und drohender Überbelastung der Krankenhäuser, weiter bewusst niedrig gehalten. Die Reduzierung von Personal- und Materialkosten der Krankenhäuser wird, um mehr Profit zu machen, auf Kosten unserer Gesundheit bezahlt.

Während die großen Krankenhäuser weiter fleißig daran arbeiten, weniger Kosten zu haben und somit mehr Profit machen zu können, steht der Verkauf eines weiteren kleineren Krankenhauses bevor. Das betreffende Krankenhaus „Groß-Sand“ in Wilhelmsburg steht schon länger vor „finanziellen Problemen“, ein Verkauf an den Krankenhaus-Riesen „Asklepios“ in Hamburg ist jedoch nicht öffentlich besiegelt. Nun will das kleine Krankenhaus aber unbedingt seine hauseigene Bildungseinrichtung loswerden. Vor Kurzem gab es mehrere Demos gegen die Schließung der Pflegeschule und den Verkauf

des Krankenhauses. Viele der Schüler beteiligten sich an dem Protest und setzten sich für den Erhalt ihrer Pflegeschule ein. Die Schließung der Schule ist jedoch jetzt durchgesetzt.

Wenn man das im Kontext der aktuellen Situation betrachtet: Erst startet die Stadt Hamburg eine „Ausbildungsoffensive“ für Pflegeberufe und noch immer wird zu Recht der Mangel an Pflegekräften beklagt. Lange war von „Pflegenotstand“ in der bürgerlichen Presse die Rede. Durch die Pandemie wurde eine „Überbelastung des Gesundheitssystems“ befürchtet und die sogenannte zweite Infektionswelle ist bereits in vollem Gange. Gleichzeitig spart der Hamburger Krankenhaus-Riese als erstes an Personal und weitere Ausbildungsmöglichkeiten für neue Pflegekräfte werden mit der Schließung der kleinen Pflegeschule weggenommen. Diese Heuchelei beweist erneut: es geht ihnen nicht in erster Linie darum, dass die Menschen gut versorgt werden, sondern dass möglichst viel Profit gemacht wird.

Laut Aussage des Trägers des kleinen Krankenhauses soll die Pflegeschule schließen, da sie die Kosten der Vereinheitlichung der unterschiedlichen Pflegeausbildungen, die vor kurzem beschlossen wurde, sowie Anpassungen an die sogenannte „Digitalisierung“ nicht schultern konnten. Den Schülern der betreffenden Einrichtung ist klar, dass diese Anpassungen nicht wirklich „zu teuer“ sein können, und sie sind sich sicher, dass alles Notwendige für die Ausbildung bereits in der Schule vorhanden



Aktionen gegen die Schließung der Pflegeschule



ist: *„Jede Klasse hat ein eigenes Smartboard, jeder Schüler ein eigenes Tablet. Auch Homeschooling hat bei uns super funktioniert.“* Angeblich würden laut bürgerlichen Politikern auch die Kosten der generalisierten Ausbildung vollständig vom Ausbildungsfonds getragen.

Das, was die Pflegeschule angeblich nicht schultern kann, ist ein neues bundesweites Gesetz zur Generalisierung aller Pflegeausbildungsberufe, das heißt der Altenpflege- und Krankenpflegeberufe. Für alle neuen Pflegeschüler soll es nun die gleiche „Grundausbildung“ in der Pflege geben, egal für welche Fachrichtung man sich entscheidet. Bereits nach zwei Jahren gibt es eine Prüfung, die die Ausbildung zur Pflegeassistentin bescheinigt, ein weiteres Jahr kann dann zur „Weiterbildung“ drangehängt werden. Dieses Gesetz dient vor allem dazu, die Ausbildungszeit zu verkürzen und die Pflegeschüler schneller auf den Arbeitsmarkt zu entlassen. Eine Krankenhausmitarbeiterin bewertet das neue Gesetz so: *„Die Anatomie [von Kindern] ist ganz verschieden zu alten Menschen. Die Physiologie genauso. Die Krankheitsbilder sind unterschiedlich. Und das ist jetzt alles eins? Weiß ich nicht... Die zukünftigen Azubis werden dann sicherlich alle gleich wenig bezahlt. Zumal man dann auch noch für ne Weiterbildung ein Jahr länger lernen muss.“*

Vor der Pandemie wurden von den bürgerlichen Politikern Gesetze erlassen, die die Krankenhäuser dazu verpflichteten, den Personalschlüssel zu erhöhen und die Auszubildenden schneller als schlecht bezahlte Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt zu werfen. Während der Pandemie werden diese Gesetze auf Eis gelegt und im Gegenteil die notwendigen Mitarbeiter und Bildungseinrichtungen eingespart.

Zurück zu unserem Fall: Es gibt bereits seit längerem Gerüchte über den Verkauf der Krankenhäuser des Trägers, da diese immer wieder in „finanzielle Schwierigkeiten“ gerieten. Es liegt also nahe, dass das betreffende Krankenhaus seine angrenzende Pflegeschule loswerden will, um sich besser an einen Konzernriesen verkaufen zu können. Der Konzernriese, der die meisten Krankenhäuser in Hamburg betreibt, hat nämlich eigene Ausbildungsstätten. Der kleine Träger ist einer der wenigen noch übrig gebliebenen, die der

Krankenhaus-Riese „Asklepios“ in Hamburg noch nicht verschluckt hat.

Auch im Gesundheitsbereich konzentriert sich also das Kapital auf einige wenige riesige Unternehmen, die den Markt der Gesundheitsversorgung möglichst allein in der Hand haben wollen. Die Politiker unterstützen diese Entwicklungen, indem sie zum Beispiel die Forderung der Schüler, ihre gute Pflegeschule zu erhalten, einfach ignorieren und stattdessen trotz Unterschriftensammlung Verkaufsgespräche über das Krankenhaus mit dem Träger führen.

Dazu kommt: Die Schüler der Pflegeschule wurden weder ausführlich über die Schließung ihrer Schule informiert - sie haben lediglich eine E-Mail erhalten -, noch werden sie über die Zukunft ihrer Ausbildung aufgeklärt. Die Schüler wissen die kleinen Klassen mit der Pflegeschule mit intensiver Betreuung durch die Dozenten sehr zu schätzen, insbesondere bei der Unterstützung bei sprachlichen Problemen. In den Pflegeschulen der großen Konzerne ist das so nicht mehr möglich. Es geht vor allem für migrantische Azubis darum: Mithalten oder du wirst aussortiert. Wenn der Druck zu groß ist, perfektes Deutsch zu lernen und bis zu 50 Patienten gleichzeitig zu bedienen, musst du gehen.

Die Schüler können die Schließung nicht nachvollziehen und wollen ihre Schule in unmittelbarer Nähe ihres Wohnorts behalten. Zur Durchsetzung ihrer gerechtfertigten Forderungen haben sie sich nun organisiert und zwei Demonstrationen gegen die Schließung durchgeführt. Des weiteren sind in Hamburg weitere Mitarbeiter der großen Krankenhäuser für 4,8% mehr Lohn und einen höheren Personalschlüssel auf die Straße gegangen.

Dass nun Pflegepersonal eingespart bzw. an der Ausbildung gehindert wird, ist eine Absurdität in Zeiten, wo die „zweite Welle“ der Corona-Pandemie beginnt, loszurollen, und ein Personalmangel in der Pflege dafür verantwortlich sein soll, dass nun erneut der Ausnahmezustand verschärft wurde. Es wird sehr deutlich, dass hier wirklich nur der Profit und weder das Wohlergehen des Krankenhauspersonals noch das der Patienten im Vordergrund steht. •



## VERTRAUEN KANN NICHT VERLOREN GEHEN WENN ES NIE WELCHES GAB

Der Aufschrei war laut, als nach dem Bekanntwerden von faschistischen Chatgruppen im Repressionsapparat von Hessen auch noch ein Polizeischüler aus Meiningen in Thüringen jetzt seinen Hut nehmen musste, weil er sich wohl an „rechten“ Gruppenchats beteiligt hat. Doch dem lauten Aufschrei folgte eine Glanzparade des Thüringer Innenministeriums, der Polizeiinteressenvertreter und der Landesregierung. Sie konnten in diesem Fall durch die Entlassung und eine Hausdurchsuchung schnelles Handeln beweisen und so das Image ihres Polizeiapparates verteidigen.

So weit, so gut. Laut diesem Narrativ ist in Thüringen also eigentlich wieder alles in Butter. Die staatlichen Behörden in Thüringen sind entnazifiziert, die Presse hatte was zu schreiben, Rot-Rot-Grün konnte sich als Macher hinstellen; soweit das Auge reicht also blühende Landschaften. Dass der Polizeischüler nur zufällig aufgefliegen ist, also nicht durch interne Ermittlungen, einer Überprüfung während der Ausbildung oder einem Hinweis aus der seit 2017 existierenden

Vertrauensstelle der Landespolizei, spielt dabei keine Rolle. Kommissar Zufall ist zwar ein gern gesehener Kollege, aber von den Lorbeeren bekommt er eben nie etwas ab. Dabei war er es doch, dem beim Durchforsten einer WhatsApp-Gruppe wohl das Teilen verfassungswidriger Symbole aufgefallen ist, an dem sich wohl auch der besagter Anwärtler beteiligte. Hätte der in dieser Gruppe nur mitgelesen und nicht selber gepostet, wäre wahrscheinlich nichts passiert und die Fortsetzung der Ausbildung inklusive abschließende Vereidigung auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“, den Grundkonsens zum Erhalten von Ausbeutung und Unterdrückung in der BRD, wäre ihm sicher. Ob sein Verhalten nun reiner Ausdruck von Naivität ist oder er sich in Kenntnis der das rechte Auge betreffenden Sehschwäche der älteren Kollegen einfach etwas zu sicher gefühlt hat, ist unklar.

Diese Sehschwäche bezeichnete die Vorsitzende der Thüringer SPD zuletzt kurz vor der Innenministerkonferenz als latenten Rassismus in der deutschen Polizei, bevor sie von ihrem



*Thüringer Polizei bei der Arbeit*



Parteikollegen Innenminister Maier auf besagter Konferenz angefahren wurde, dass es keine Rechtfertigung dafür gibt, die Integrität unserer Polizei strukturell in Frage zu stellen, dass es sich ja nur um Einzelfälle handelt, denen mit aller Härte des Rechtsstaates begegnet wird. Im gleichen Atemzug verrät er aber auch, dass man in Zeiten von den damaligen weltweiten Protesten gegen Polizeigewalt aufgrund der Ermordung von George Floyd in den USA als Politik hinter der Arbeit der Polizisten stehen müsse.

Die Lüge, dass es sich um Einzelfälle handelt, wenn Polizisten Mist bauen, werden die Herrschenden immer wieder wiederholen - egal, wie lang die Liste der Fälle oder das Ausmaß des Ausrutschers ist, sie stehen zum innerstaatlichen Teil ihres bewaffneten Armes, in guten wie in schlechten Zeiten. Dass die genaue Wortwahl dabei variieren kann und von besonders guten Rhetorikern wie Bodo Ramelow sogar umgedreht wird, wenn er auf Twitter erklärt, dass er viele Polizeibeamte kennt, die nicht empfänglich für faschistische Ideologie oder Rassismus sind, ist geschickt. Wenn er dann noch unterschwellig Kritik an den Abläufen innerhalb der Thüringer Polizei einräumt und sagt, dass man die demokratischen Beamten ja nur ermutigen muss, etwas zu sagen, wenn auf dem Revier mal wieder „solche“ Sprüche fallen, klingt das wahrlich nach einem Ministerpräsidenten der Linkspartei. Dass er ganz nebenbei faschistisches Gedankengut und das entsprechende Handeln innerhalb seiner Repressionsorgane auf das Klopfen von reaktionären Sprüchen beim Kaffeekränzchen auf dem Revier reduziert, ist für alle Betroffenen rassistisch motivierter Polizeigewalt ein Schlag ins Gesicht. Und doch passt es genau in das Profil der Thüringer Regierung und in die Sicherheitspolitik der Linkspartei, die in ihrer Eigendarstellung zwar gerne irgendwie linke Regierungspolitik machen würde, aber eben doch nur die Unterdrückung der Massen durchsetzt wie jeder andere bürgerliche Partei und sich dabei nur einen anderen Anstrich gibt.

Dieser Anstrich ist im Falle des Beispiels faschistischer Tendenzen innerhalb der Sicherheitsbehörden die Debatte um eine wissenschaftliche Studie zu genau diesem Thema. Und genau so eine Studie speziell für das Bundesland Thüringen soll jetzt auf

den Weg gebracht werden. Der Vergleich mit der kürzlich bundesweit vorgestellten Studie ist dabei auf der einen Seite aussagekräftig, da diese Idee bundesweit unter Innenminister Seehofer bereits umgesetzt wurde und Thüringen sich scheinbar gegen eine solche Studie länger wehren konnte als der CSU-Bad-Ass, auf der anderen Seite lässt die in der bundesweit durchgeführten Studie ermittelte Zahl von rund 380 „Rechtsextremisten“ in Sicherheitsbehörden auch ein wenig an den wissenschaftlichen Methoden solcher Erhebung zweifeln. Es kann natürlich auch sein, dass die 30 in Hessen entlassenen Beamten bereits alle derartigen Fälle in Hessen waren...Spaß beiseite, wir werden sehen, was die Thüringer Studie für Ergebnisse bringen wird.

Ein anderes Feigenblatt der Thüringer Linkspartei, wenn es darum geht, die Vergehen des eigenen Schlägertruppskleinzureden, ist die bereits erwähnte Vertrauensstelle der Thüringer Polizei. Schaut man sich die nackten Zahlen dieser dem Thüringer Innenministerium unterstellten Vertrauensstelle mal an, so stellt man fest, dass die Beschwerden im letzten Jahr von knapp 400 auf etwas über 450 Fälle angestiegen ist. Diesen Anstieg erklärt der Thüringer Innenminister natürlich nicht damit, dass die recht junge Einrichtung bekannter geworden ist, sondern damit, dass die Empfindlichkeit der Bürger gegenüber Polizisten gestiegen ist. Aber am Ende ist eh alles halb so wild; die Leiterin der Polizeivertrauensstelle erklärt selbst, dass ein Großteil der Beschwerden sowieso auf dem kurzen Dienstweg geklärt werden kann, also quasi unter den Tisch fällt. Und wenn man sich dann noch vor Augen führt, dass von 450 Beschwerden nur zwei Beschwerden aufgrund von Racial Profiling eingegangen sind, sollte klar sein, dass die Anzahl der Fälle, in denen keine Beschwerde eingereicht wird, um ein Vielfaches höher ist. Das ist wiederum ein deutliches Zeichen, dass die meisten Betroffenen von staatlicher Gewalt schon wissen, was sie von diesem Staat und seinem Repressionsapparat zu halten haben und dass keine staatliche Vertrauensstelle und keine Polizeibeauftragten es schaffen werden, die Gründe für Polizeigewalt und faschistische Strukturen in der Polizei zu beseitigen. Denn diese liegen eben in der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft und der Ausbeutung unserer Klasse. •



## TIKTOK – MEILENSTEIN IM SELFIE-INDIVIDUALISMUS

Seit Mitte August sorgt das Spektakel um das Videoportal TikTok in den Vereinigten Staaten für Aufsehen. Der Yankee-Imperialismus stört sich am Einfluss einer App in den Händen der chinesischen Imperialisten auf besonders die Jugendlichen im eigenen Land und versucht auf mehreren Wegen, das Entwicklerunternehmen zu erpressen. Klingt einigermaßen alltäglich, gibt aber Anlass, sich mal ein bisschen mit der im Augenblick am meisten im Trend liegenden Plattform für soziale Medien und den Widersprüchen, die hinter ihr liegen, zu beschäftigen.

2016 wurde TikTok durch das chinesische Unternehmen ByteDance herausgebracht, seit 2018 hat die App rasant zunehmende Nutzerzahlen und hat Ende letzten Jahres WhatsApp und Facebook von Platz 1 der weltweiten Downloadzahlen verdrängt. Das greift die seit Jahren existierende Vormachtsstellung der USA im Vertrieb sozialer Netzwerke ein bisschen an. Präsident Donald Trump drohte diesen Sommer mit der Begründung, die App würde US-Bürger für das chinesische Regime ausspionieren, die App in den USA zu sperren. Kurz darauf wurden Angebote von großen US-Unternehmen, unter anderem Oracle, Microsoft und Walmart, zur Übernahme des Geschäfts mit der App in den USA bekannt. Die Angebote wurden offenbar abgelehnt, dafür ging ByteDance eine Kooperation mit Oracle und Walmart als Minderheitsaktionäre ein, um den Verkauf zu verhindern. Durch die Beteiligung von amerikanischen Investoren an ByteDance soll aber in Trumps Plänen die App in Zukunft zu mehr als 50 Prozent in amerikanischen Händen sein, was die Eingliederung in ein neues Unternehmen unter amerikanischer Führung, das TikTok dann in den

USA vertreiben würde, erzwingen soll. Das reicht den Yankees aber längst nicht – Trumps geplante Sperre der App in den USA, genauer gesagt erst das Verbot für Google & Co., dort Downloads anzubieten, und später im November die Trennung der Verbindung der Software zum Internet, wird jetzt auf Klage von ByteDance hin vor dem Gericht verhandelt. Ziemlich viel Aufregung für eine einzige App. Wenn man sich die Umsatzzahlen des Unternehmens und deren Wachstum ansieht, wird das ein bisschen verständlicher. Der Gesamtumsatz von ByteDance wurde mit dem Wachstum von TikTok von 2018 auf 2019 auf 17 Milliarden US-Dollar mehr als verdoppelt, das Start-Up-Unternehmen machte dabei ca. drei Milliarden \$ Gewinn. Bei den steigenden Downloadzahlen kann man erahnen, in welche Richtung sich das entwickelt. Es geht also neben politischem Einfluss in erster Linie um eine Menge Profit, um die sich die Imperialisten schlagen.

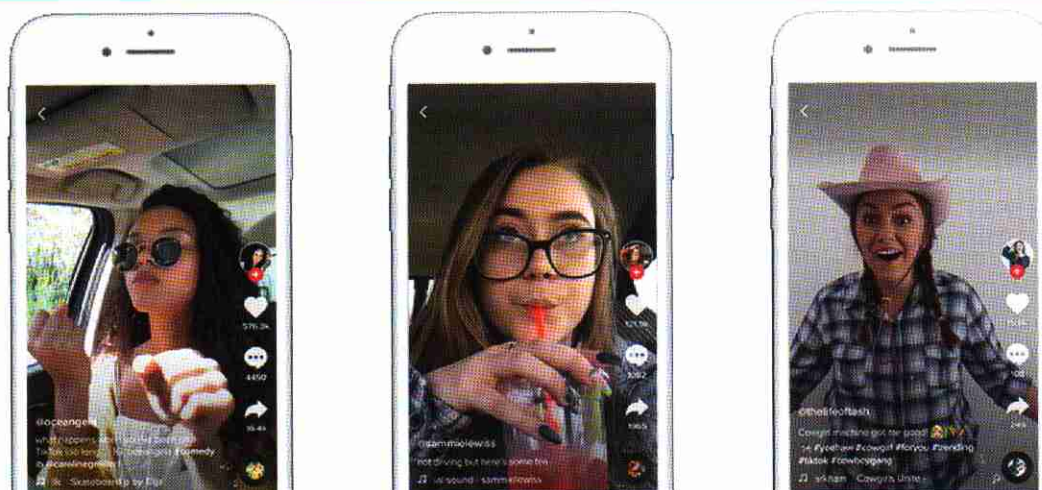
Was macht TikTok jetzt aus? Die App ermöglicht es, aufgenommene Videos mit einer musikalisch passenden Tonspur zu hinterlegen, zu schneiden und Effekte hinzuzufügen und anschließend hochzuladen. Das Ganze ist natürlich technisch einfach zu bedienen, schnell und hat eine gute Qualität. Die Videoclips auf der Plattform kann man sich daher stundenlang angucken und damit die Zeit verschwenden. Wie heutzutage üblich, muss der Nutzer gar nicht erst nach irgendwas suchen, sondern bekommt durch personalisierte Daten direkt massenhaft Clips vorgeschlagen. Die personalisierten Daten orientieren sich natürlich an den Videos, die der Nutzer schaut und die ihm gefallen, allerdings werden gleichzeitig gezielt neue Sachen darge-

gemischt, die z.B. ein neues Hobby in dem Nutzer wecken und anschließend zum Kauf von der Sache nützlichen Produkten führen soll – alles gesteuert durch Algorithmen. Die Imperialisten schlagen jeden Weg ein, auf dem sie durch „sozialen Medien“ Profit machen. Anders gesagt – die Verbreitung der sozialen

### Top Apps Worldwide | Q1 2020 (vs. Q4 2019)

DOWNLOADS			CONSUMER SPEND			MONTHLY ACTIVE USERS					
1		TikTok	-	1		Tinder	-	1		Facebook	+1
2		WhatsApp Messenger	+1	2		YouTube	+3	2		WhatsApp Messenger	-1
3		Facebook	-1	3		Netflix	-	3		Facebook Messenger	-
4		Instagram	+1	4		iQIYI	-	4		WeChat	-
5		Facebook Messenger	-1	5		Tencent Video	-3	5		Instagram	-
6		Likee	-	6		TikTok	+2	6		TikTok	-
7		Snapchat	+1	7		Disney+	+++	7		Alipay	-
8		SHAREit	-1	8		Google One	+1	8		Kwai(快手)	+6
9		Netflix	+1	9		Pandora Music	-3	9		Pinduoduo	+2
10		Spotify	-1	10		LINE Manga	-	10		Taobao	-2





*Immer man selbst im Fokus: Typische TikTok Perspektiven*

Medien geschieht hauptsächlich als Wegbereiter für Überwachung und Identifizierung von Nutzertendenzen, -verhalten und -vorlieben.

Die Videos, die man auf TikTok hochlädt, sind in allererster Linie von sich selber. Oftmals durch die Innenkamera, nimmt man sich beim Erzählen, Tanz-Moves aufführen, Schauspielen usw. auf. Wird ein Clip gut angenommen, wollen das viele nachahmen und es entwickelt sich zu einer „Challenge“, d.h., jeder wird aufgefordert, es nachzumachen. Ein aktueller TikTok-Trend ist beispielsweise ein Clip, in dem man auf einmal unerwartet die Frau oder das Mädchen vor der Kamera in einer Körperhaltung, die offensichtlich eine Sexstellung darstellt, sieht. Direkt wird wieder zurückgesprungen und die Person mit einem erschrockenen Gesicht gezeigt. Die Menge an patriarchaler Körperkultur, die diese App verbreitet, ist schlicht unendlich. Das gilt für andere Dinge ebenso – die Hauptsache ist, dass man sich präsentiert. Bei solchen „Challenges“ drückt sich das besonders extrem aus; man macht die gleiche Sache, aber man muss zeigen, dass man es am besten oder mindestens so gut wie die anderen kann. Jeder für sich alleine anstatt alle zusammen. Wenn man das weiterdenkt, kümmert sich jeder nur noch um sich selbst, um gutes Aussehen, um tolle Körpermoves, um cooles Verhalten. Die Verbreitung des Individualismus hat in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten große Sprünge gemacht, die „Selfie“-Aufnahmen spielen dabei eine immer bedeutendere Rolle. In den vergangenen Jahren hat die Plattform *Snapchat* eine ähnliche Rolle gespielt, TikTok hebt diese Art der Selbstdarstellung aber auf eine neue Stufe, ist eine Beförderung des Individualismus. Das Ergebnis dieses ganzen Prozesses ist ein Schritt zur

Formierung von Gemeinschaften mit belanglosem und entleerten Leben, die für die Imperialisten reine Arbeitsmaschinen bleiben und deren Interessen sich zunehmend auf die Nutzung degenerierter bürgerlicher Kultur beschränken. Aber besonders: Wenn jeder für sich ist, können wir uns nicht gemeinsam organisieren. Wenn wir uns nicht organisieren, ist unser Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung verzweifelt und hoffnungslos. Deshalb ist der Individualismus so schädlich für uns und deshalb setzt ihn die herrschende Klasse in den letzten Jahrzehnten immer mehr ein.

Halten wir die Bedeutung von TikTok fest: Für die Herrschenden bedeutet es, dass sie uns überwachen und besser verstehen können, wie jeder einzelne funktioniert. Dadurch wissen sie, wie sie uns zum Kauf von Produkten bewegen, wie sie uns reaktionäre Ideologie einpflanzen und manipulieren, und, wie sie uns besser kontrollieren können – die Behörden der Imperialisten können jeden Vorgang überwachen und zeichnen psychologische Profile auf. Für uns bedeutet es, dass sich mit dem Individualismus unter uns ein Gift für die Revolution weiter verbreitet, das unsere Kollektivität angreift. Daher müssen die Revolutionäre weiter darauf bestehen, bei sozialen Medien sehr vorsichtig zu sein. Dafür muss unter anderem klargestellt werden, dass das Internet kein „demokratischer Raum“ ist, als was es so oft gelobt wird, sondern unter der Herrschaft des Imperialismus steht und daher in der Hauptsache auch ihm und seiner Aufrechterhaltung dient. Dennoch kann das Internet aufgrund seines unverkennbaren riesigen Einflusses nicht gänzlich abgetan werden, sondern mit gewissen Begrenzungen auch den Revolutionären dienen, um Propaganda zu betreiben und sehr schnell zu verbreiten. •





# DEMVOLKEDIENEN.ORG

*Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.*

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

## TERMINE IM NOVEMBER

---

BREMEN:

Café Rebellion - BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch - geöffnet ab 17 Uhr

FREIBURG:

Café Populär - Linkes Zentrum iadelante!  
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat - 13 Uhr

25. November

TAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN

28. November

200. GEBURTSTAG VON FRIEDRICH ENGELS

